

**Saisonale Schwankungen** sind regelmäßig wiederkehrende Veränderungen im Jahresablauf, typisch für bestimmte Branchen wie Bauwirtschaft oder Fremdenverkehr. Da sie relativ gut zu prognostizieren sind, stellen sie keine wesentliche Gefahr dar für die wirtschaftliche Entwicklung. 274

**Mittelfristige Schwankungen** wiederholen sich meist in einigen Jahren.

**Langfristige Schwankungen** dauern einige Jahrzehnte. Es handelt sich oft um Strukturschwankungen, die durch einschneidende Veränderungen verursacht werden.

Die langfristige Zunahme des BIP kann in allen Marktwirtschaften beobachtet werden. Sie wird **Trend** genannt, der ein mehr oder weniger starkes langfristiges Wachstum anzeigt. Die tatsächlichen jährlichen Veränderungen entsprechen nicht exakt dem Trend, sie können größer oder kleiner sein. Die mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftretenden Schwankungen um den Trend werden als **Konjunkturzyklus** bezeichnet.

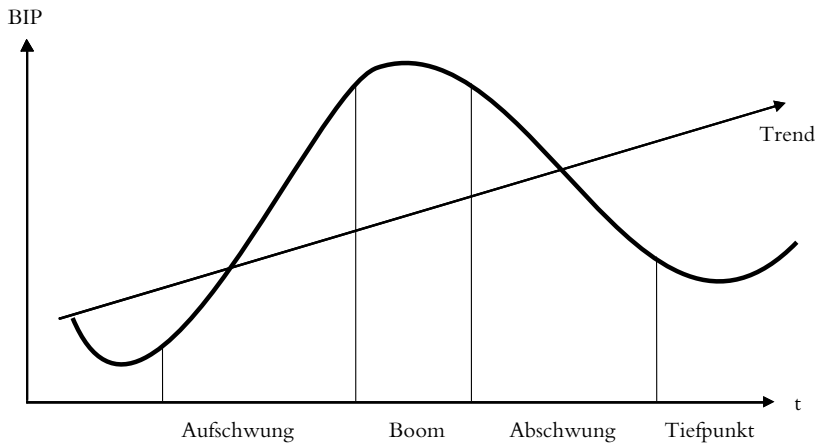
Die wirtschaftlichen Schwankungen, die den Konjunkturzyklus auslösen, sind grundsätzlich unerwünscht. Die **Konjunkturpolitik** von Regierung und Zentralbank ist deshalb bemüht, eine Glättung des Konjunkturverlaufs zu erreichen, also die Wachstumsraten zu verstetigen und die Abweichungen vom Trend möglichst gering zu halten. Dabei werden sie von der Konjunkturforschung unterstützt.

## 2. Konjunkturphasen

Eine genauere Analyse ergibt, dass innerhalb eines Konjunkturzyklus vier 275  
Phasen

- Aufschwung
- Boom
- Abschwung
- Krise

unterschieden werden können, die sich in immer gleicher Reihenfolge wiederholen, aber nicht immer die gleiche Zeitdauer haben.



In der **Krise** (auch Depression oder Tiefpunkt genannt) wächst das BIP mit einer geringen, eventuell sogar negativen Rate. Die Produktionskapazitäten sind nicht ausgelastet, entsprechend ist die Neigung nur gering, Investitionen zu tätigen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist niedrig, die Arbeitslosigkeit nimmt allerdings wahrscheinlich nicht weiter ab, denn die Unternehmen wissen, dass auch diese Krise ein Ende haben wird. Vorausschauend können sie sogar wieder Arbeitskräfte einstellen, die jetzt in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

- 276 Der folgende **Aufschwung** (auch Expansion genannt) zeigt sich an einer langsam steigenden Produktion, Konsum und Unternehmensgewinne nehmen zu. Die Wachstumsraten des BIP steigen. Mit dem Vertrauen, das sich wieder einstellt, werden auch neue Arbeitsplätze entstehen, die Arbeitslosigkeit nimmt ab und die Investitionen steigen.

Mit zunehmender Nachfrage entstehen Engpässe in der Produktion, Investitionen zur Kapazitätserweiterung werden erforderlich, höhere Preise können durchgesetzt werden. Die Zahl der Arbeitsplätze wird ein hohes Niveau erreichen, entsprechend ist die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig niedrig. Allerdings sind auch erste Anzeichen dafür festzustellen, dass die Wachstumsraten des BIP wieder abnehmen. Diese Phase wird als **Boom** oder Hochkonjunktur bezeichnet.

Zum **Abschwung** (auch Rezession genannt) kommt es, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten zurückgehen. Das sinkende Vertrauen führt zu geringerer Nachfrage, die wiederum eine geringere Produktion verursacht und zu sinkenden Investitionen führt. Die Gewinne nehmen ab und die Zahl der Arbeitsplätze wird verringert.

### 3. Konjunkturindikatoren

- 277 Die **Konjunkturforschung** versucht eine Analyse der konjunkturellen Entwicklung (Konjunkturanalyse) und insbesondere eine **Konjunkturprognose**. Von der Deutschen Bundesbank, der Forschung, aber auch von Private

ten wie z.B. Fachzeitschriften sind Indikatoren entwickelt worden, die konjunkturelle Schwankungen beschreiben sollen.

Typische **Präsensindikatoren** für die aktuelle Situation sind

- die Kapazitätsauslastung
- die industrielle Produktion
- Zinssätze
- Aktienkurse

**Spätindikatoren** werden erst nachträglich bekannt bzw. treten erst als Folgen der konjunkturellen Entwicklung auf, z.B.:

- Arbeitslosenquote
- Preise
- Einzelhandelsumsätze
- Löhne und Gehälter

Für eine Prognose sind die **Frühindikatoren** entscheidend, denn sie sollen die zukünftige Entwicklung anzeigen:

- Auftragseingänge
- Baugenehmigungen
- Beschäftigte in der Investitionsgüterindustrie
- Einfuhr von Investitionsgütern
- Auftragseingänge aus dem Ausland
- Geschäftsklima

Indikatoren	Phasen			
	Tiefstand	Aufschwung	Hochkonjunktur	Abschwung
Auftragseingänge	gering	steigend	wenig steigend stagnierend	sinkend
Rohstoffpreise	niedrig	steigend	steigend stagnierend	fallend
Stimmung	pessimistisch	optimistisch	skeptisch	pessimistisch
Aktienkurse	stagnierend	steigend	stagnierend	fallend
Beschäftigung	niedrig	steigend	Voll- beschäftigung	abnehmend
Arbeitslosigkeit	hoch	abnehmend	niedrig	steigend
Investitionen	gering	zunehmend	hoch	abnehmend
Preise	niedrig	steigend	hoch	fallend
Zinsen	niedrig	steigend	hoch	fallend
Kapazitätsauslastung	gering	steigend	hoch	abnehmend
BIP	niedrig	steigend	hoch	fallend
Lohnforderungen	zurückhaltend	steigend	maximal	vorsichtig
Steuereinnahmen	gering	steigend	hoch	fallend

#### 4. Konjunkturpolitik

280 Die Konjunkturpolitik umfasst alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Wirtschaftsschwankungen glätten und eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen sollen. Weil es sich um staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen handelt, ist die Konjunkturpolitik ein Teil der Prozesspolitik. Zu den Aktionsfeldern der Konjunkturpolitik zählen die Fiskalpolitik, die Geldpolitik, die Lohnpolitik und die Außenwirtschaftspolitik.

281–289 *frei*

### IX. Fiskalpolitisches Instrumentarium

290 Unter Fiskalpolitik werden alle **Maßnahmen des Staates** verstanden, durch Veränderung der Einnahmen und Ausgaben auf den Wirtschaftsablauf, insbesondere auf den Konjunkturverlauf, Einfluss zu nehmen.

Durch **antizyklische Konjunkturpolitik** wird die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage durch wirtschaftsdämpfende Maßnahmen bei positiven und wirtschaftsfördernden Maßnahmen bei negativem Konjunkturausschlag beeinflusst. Dazu stehen der Stabilitäts- und Beschäftigungspolitik marktkonforme Instrumente der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenpolitik zur Verfügung.

- 291 • Zur **Konjunkturdämpfung** in den Phasen Aufschwung und Boom eignen sich folglich fiskalische Maßnahmen, die restriktiv auf die Nachfrage wirken:
- **Einnahmenerhöhungen.** Steuer- und Gebührenerhöhungen, Aussetzung von Abschreibungserleichterungen u. Ä.
  - **Ausgabensenkungen.** Kürzung von Subventions- und Transferzahlungen, Kreditrückzahlungen, Verschiebung vorgesehener Ausgaben in andere Perioden
- 292 • Zur **Konjunkturförderung** in den Phasen Abschwung und Tiefstand werden staatlichen Maßnahmen eingesetzt, die expansiv auf die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern wirken:
- **Einnahmensenkungen.** Steuer- und Gebührensenkungen, Abschreibungserleichterungen u. Ä.
  - **Ausgabenerhöhungen.** Erhöhung von Subventionen und Transferzahlungen, Vorziehen von Investitionsvorhaben. Werden die Ausgaben durch Kredite ermöglicht, spricht man von „deficit spending“.

Die Umsetzung ist im Allgemeinen nicht einfach, weil unterschiedliche Interessen die Maßnahmen beeinflussen. Der Staat ist kein einzelnes Wirtschaftssubjekt, sondern besteht aus zahlreichen Entscheidungsinstitutionen (Kommunen, Länder, Bund, Sozialversicherungsträger, Hoheitsverwaltungen), die unterschiedliche Einschätzungen haben können und **unterschiedliche Interessen** verfolgen. Außerdem unterliegen alle Maßnahmen letztlich dem Votum der Bürger, die ihre eigenen, unter Umständen gegensätzlichen Interessen, die immer einzelwirtschaftlich orientiert sind, über die Wahlentscheidungen deutlich machen werden.

Sein eigenes Verhalten kann der Staat direkt beeinflussen, die Reaktionen der privaten Haushalte jedoch nicht. Hier können lediglich Anreize für ein angestrebtes Verhalten gegeben werden.

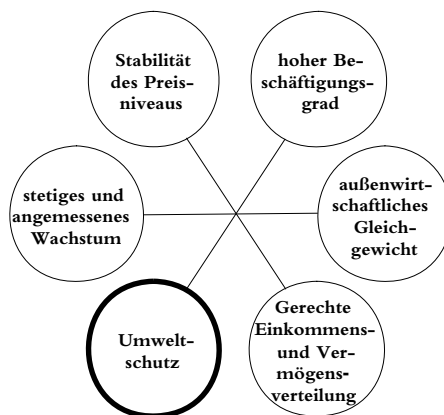
Instrumente und Maßnahmen		Wirkung auf die Konjunktur:	
		dämpfend	fördernd
Einnahmenpolitik:	Steuern, Abgaben, Gebühren	erhöhen	ermäßigen
	Abschreibungsmöglichkeiten	einengen	ausweiten
Ausgabenpolitik:	Subventionen, Transferleistungen	absenken	anheben
	Investitionsvorhaben	verschieben	vorziehen
Rücklagen-/Schuldenpolitik:	Konjunkturausgleichsrücklage	bilden	auflösen
	„deficit-spending“	zurückzahlen	durchführen

Alle Instrumente beruhen auf den Annahmen, dass eine Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung durch den Staat überhaupt möglich ist und dass es darüber hinaus möglich sei, sie zeitlich so zu platzieren, dass sie in der gewünschten Richtung wirken. Wenn nämlich die antizyklischen Steuerungsmaßnahmen erst mit Zeitverzögerung („**time lag**“), in einer späteren Konjunkturphase greifen, können sie dann gerade eine unerwünschte Wirkung zeigen.

## X. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz

Die Umweltökonomie untersucht die Beziehungen zwischen der Wirtschaft und der natürlichen Umgebung. Sie beschäftigt sich mit den Folgen, die wirtschaftliche Aktivitäten in der Umwelt verursachen, und leitet daraus Empfehlungen ab für eine ökonomische Umweltpolitik, den betrieblichen Umweltschutz und umweltverträgliche Produktionsverfahren. 293

Es besteht allgemein Konsens, dass der **Schutz der natürlichen Ressourcen** zu den Zielen der Wirtschaftspolitik zählt.



Ziel staatlicher Umweltpolitik ist die umfassende Verminderung der Emission von Schadstoffen und die Beeinflussung der wirtschaftlichen Zielvorstellungen der Wirtschaftssubjekte, um den dauerhaften Erhalt der Umwelt zu sichern.

- 294 Bei der **effizienten Nutzung von Rohstoffen und Energie** im Produktionsprozess besteht nicht notwendig ein Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen.

**Beispiel:**

Unternehmen, die ihren Verbrauch senken, vermindern auch ihre Kosten und entlasten dabei gleichzeitig die Umwelt.

Gerade die Preissteigerungen bei Rohstoffen signalisieren ihre Knappheit und zwingen die Unternehmen, sich um langfristig wirkende Kostensenkungspotenziale zu kümmern. Dadurch entsteht ein Anreiz, umweltfreundlichere Produktionsverfahren zu entwickeln und einzusetzen. Um die ökologischen Herausforderungen meistern zu können, werden neue effiziente Technologien erforderlich sein, damit die wirtschaftliche Tätigkeit die Belastbarkeit der Umwelt nicht überfordert.

Während die Umweltpolitik früher vor allem die Emissionen von Anlagen vermindern sollte, wird dieser Ansatz heute durch einen **produktbezogenen Umweltschutz** ergänzt. Dabei wird der gesamte Lebenszyklus eines Produktes von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung, Transporte, Verschmutzung und Ressourcenverbrauch während der Nutzung bis zur anschließenden Verwertung und Entsorgung betrachtet.

## 1. Beschäftigung

- 295 Die Anforderungen an den Umweltschutz tragen zur permanenten Modernisierung der Produktionsstrukturen bei und stärken damit die Position der Wirtschaft auf den Weltmärkten. Umweltschutz schafft und sichert zukunftsfähige Beschäftigung.

Die qualitativen und quantitativen Wirkungen von umweltpolitischen Maßnahmen auf die Beschäftigung können nur geschätzt werden. Je stärker Umweltschutz integrierter Bestandteil der Unternehmenspolitik wird, desto schwieriger wird seine isolierte Messbarkeit.

Allerdings ist der Umweltschutzsektor schon wegen seiner hohen Wachstumsraten ein wichtiger Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt. Mehr als 2 Mio. Personen sind im Umweltschutz beschäftigt, das sind 4,8 Prozent aller Erwerbstätigen.<sup>1</sup> Wegen der technisch anspruchsvollen Innovationen in der forschungs- und entwicklungsintensiven Hochtechnologie handelt es sich vielfach um besonders hochqualifizierte Arbeitsplätze.

**Beispiele:**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Verschärfung der Abgasgrenzwerte geben Anreize zu technischen Weiterentwicklungen.

---

<sup>1</sup> Umweltbundesamt, Beschäftigung im Umweltschutz, Dessau-Roßlau 2012, S. 3.

## 2. Wachstum

Zum Wirtschaftswachstum leistet der Umweltschutz einen erheblichen **296** Beitrag. Innovationsorientierte Umweltpolitik schafft neue Märkte, neue Produkte und neue Beschäftigung und macht unabhängiger von nicht erneuerbaren Ressourcen. In Deutschland werden jährlich Umweltschutzgüter im Wert von ca. 60 Mrd. € hergestellt, das sind deutlich mehr als 5% der gesamten Industrieproduktion. Davon wird weit mehr als die Hälfte exportiert, der Anteil am Welthandel liegt in diesem Bereich bei 20%.

Die Technologieführerschaft im Umweltschutz verschafft Vorteile im internationalen Wettbewerb und damit die Voraussetzungen für dauerhafte Beschäftigung und Wachstum.

## 3. Marktwirtschaftliche Anreize

Seit den 90er Jahren werden verstärkt marktwirtschaftliche Anreize **297** geschaffen, um umweltschonendes Verhalten zu erreichen. Umweltverschmutzung muss nach dieser Philosophie teurer sein als umweltschonendere Alternativen.

Von den Wirtschaftswissenschaften wird die Einrichtung von so genannten „Umweltmärkten“ empfohlen. Dort könnten durch den Staat emittierte begrenzt nutzbare Verschmutzungsrechte als Lizenzen in Form von **Umweltzertifikaten** gehandelt werden.

### Beispiel:

Im Kyoto-Protokoll<sup>1</sup> wurde als Anreiz für die Emissionsenkung die Einführung von CO<sub>2</sub>-Märkten vereinbart. Das europäische System für den CO<sub>2</sub>-Handel hat mehr als 12 000 Teilnehmer.

Zusätzliche Kosten entstehen, wenn Umweltzertifikate gekauft werden müssen und auch, wenn vorhandene Rechte nicht verkauft werden können.<sup>2</sup> Rational ist in diesen Fällen eine Preiserhöhung der Produkte, die wiederum zu einer – erwünschten – Einschränkung des Energieverbrauchs und zu weniger Emissionen führt. Schadstoffbezogene Abgaben dienen als Anreiz, für eine ständige Verringerung der Umweltbelastung zu sorgen, z.B. durch den Einsatz neuester Technik.

Als Vorteile dieser anreizorientierten Instrumente werden gesehen:

- Sie führen zu volkswirtschaftlich kostengünstigen Lösungen.
- Die Entscheidungen verbleiben bei den Wirtschaftssubjekten.
- Sie ermöglichen den Einsatz effizienter Managementinstrumente.
- Es bestehen Anreize auch zur Verbesserung über das notwendige Maß hinaus.

Die Nachteile sind hauptsächlich in der verzögerten Umsetzung der Regelungen zu sehen.

---

<sup>1</sup> Zusatzprotokoll aus dem Jahr 1997 zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Das Abkommen ist 2005 in Kraft getreten und legt völkerrechtlich verbindliche Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest.

<sup>2</sup> Opportunitätskosten.

## 4. Finanzpolitische Anreize

298 Der Staat kann in einer Marktwirtschaft umweltbewusstes Verhalten nur in sehr engen Grenzen verordnen. Sollen staatlichen Maßnahmen zum Umweltschutz den Wirtschaftssubjekten eine weitgehende Freizügigkeit erhalten, so kommen Restriktionen (z.B. die Rationierungen von Rohstoffen und Energie) nur begrenzt in Frage.

Der Staat kann aber durch seine Finanzpolitik Anreize für umweltschonendes Verhalten fördern. Die Entwicklung umweltfreundlicher Fertigungstechniken und Produkte kann z.B. durch **Steuervergünstigungen** und **Investitionsprämien** gefördert werden.

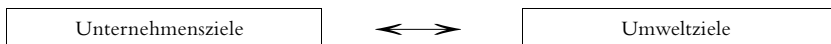
Durch **Umweltsteuern** sollen Konsumenten und Produzenten ökonomische Anreize für eine nachhaltige Produktions- und Konsumweise erhalten. So können z.B. durch die Besteuerung von Energie Anreize geschaffen werden, Einsparpotenziale auszuschöpfen, um auf diese Weise einen besseren Klimaschutz zu erreichen.

### Beispiel:

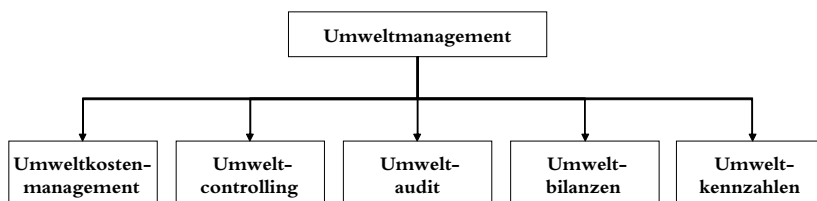
Die 1999 eingeführte und mehrfach modifizierte Ökologische Steuerreform soll zum Energiesparen und zur rationellen Energieverwendung anregen und erneuerbare Energien fördern. Sie besteht aus einer Erhöhung der Mineralölsteuer in mehreren Schritten und der Einführung einer Stromsteuer. Die zusätzlichen Steuereinnahmen werden im Wesentlichen für eine Senkung der Lohnnebenkosten verwendet.

## 5. Umweltschutz in Unternehmen

299 Für die Unternehmen ist entscheidend, dass sich die Umweltziele mit den Unternehmenszielen vereinbaren lassen.



Um wirksamen Umweltschutz praktizieren zu können, werden nicht nur innovative Technologien benötigt, sondern auch ein effizientes **Umweltmanagementsystem**, das die Konkurrenz der verschiedenen Ziele auflöst. Es fördert und sichert eine nachhaltige Umweltverträglichkeit der Prozesse in den Unternehmen und der Produkte.



Wichtigstes Element sind regelmäßige interne und externe Überprüfungen aller **umweltrelevanten Strukturen und Prozesse**. Darüber hinaus schafft das Umweltmanagement die strukturellen Voraussetzungen für eine aktive Umweltpolitik durch die organisatorische und personelle Verankerung der